

**Ausführungen von Herrn Karl-Ludwig Kley,
Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI),
am 9. Oktober 2013 vor der Presse in Berlin**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Meine Damen und Herren,

die Energiewende ist ein ungeheuer wichtiges politisches Projekt. Wie es derzeit aussieht, wird sie sogar teurer als die Deutsche Einheit. Und sie hat wohl nahezu die politische Sprengkraft der Agenda 2010.

Auf drei Ziele der Energiewende können sich wahrscheinlich alle Bürger dieses Landes einigen. Unsere künftige Energieversorgung muss erstens sicher, zweitens so sauber wie möglich und drittens bezahlbar sein. Aber auf allen drei Handlungsebenen sieht es nicht gut aus.

Die Risiken, alle drei Ziele zu verfehlen, sind beträchtlich. Denn die Steuerungsmechanismen, die Brüssel, Berlin und die Bundesländer erfunden haben, funktionieren nicht. Sie führen zu Fehlsteuerungen. Am Ende steigen daher die Kosten gewaltig, ohne dass Energie sicherer und sauberer wird.

Über Umweltziele wurde schon so viel publiziert, dass Sie damit ganze Bibliotheken füllen können. Heute möchte ich mich einmal nur mit der Frage der Kosten befassen. Dazu stellen wir Ihnen eine aktuelle Studie des renommierten Informationsunternehmens IHS vor.

IHS hat bereits eine Reihe von energiepolitisch relevanten Studien veröffentlicht. Zuletzt zeigte beispielsweise die Studie „America's New Energy Future“ wie positiv sich die Öl- und Gaspolitik der USA auf das Wirtschaftswachstum, den Arbeitsmarkt und die Kaufkraft auswirken. Unsere Studie widmet sich nun der Energiewende in Deutschland. Sie wurde von mehreren Unternehmen und Verbänden, darunter dem VCI, gemeinsam finanziert.

Meine Damen und Herren,

das Energiekonzept der Bundesregierung aus dem Jahr 2010 ging von zwei zentralen Annahmen aus:

1. Die Verfügbarkeit der fossilen Energieträger Öl und Gas gehe kontinuierlich zurück, so dass diese Brennstoffe immer teurer würden, und
2. ein steigender Anteil erneuerbarer Energien führe mittelfristig zu sinkenden Energiekosten für Privathaushalte und Unternehmen.

Beide Annahmen haben sich als nicht haltbar erwiesen. Und die IHS-Studie zeigt, dass diese Annahmen auch für die nächsten 20 Jahre nicht zutreffen werden.

Die Verfügbarkeit fossiler Ressourcen ist auf absehbare Zeit nicht gefährdet: Seit Beginn dieses Jahrhunderts haben sich die nachgewiesenen Ölreserven um 23 Prozent erhöht, die Erdgasreserven sind um 32 Prozent gestiegen.

Auch die zweite Grundannahme ist mittlerweile widerlegt – das Versprechen günstigerer Stromkosten durch erneuerbare Energie. Die Abkürzung EEG müsste statt für „Erneuerbare Energien Gesetz“ eigentlich für „Energiepreis Erhöhungsgarantie“ stehen. Auf 20 Milliarden Euro summieren sich allein in diesem Jahr die Zusatzkosten für den Ausbau der erneuerbaren Energien.

2011 hatte die Bundesregierung zugesagt, dass die EEG-Umlage nicht über 3,5 Cent pro Kilowattstunde steigen wird. Wie Sie wissen, sieht die Realität heute anders aus. Derzeit steht die EEG-Umlage bei 5,3 Cent, und im nächsten Jahr dürfte sie deutlich über 6 Cent liegen. Leidtragende sind die privaten Haushalte und die Industrie.

Es wird oft so getan, als ob die Privathaushalte die Zeche der Energiewende zahlen und die Industrie sich „einen schlanken Fuß macht“. Das ist Unfug. Allein in diesem Jahr kostet das EEG die chemische Industrie 800 Millionen Euro – und das trotz Entlastungen wie der Härtefallregelung. Mehr als 90 Prozent aller Chemie-Unternehmen zahlen die volle EEG-Umlage. 2014 wird die Belastung für unsere Branche 1 Milliarde Euro überschreiten.

1 Milliarde Euro, die wir nicht in die Entwicklung neuer Produkte stecken können.
1 Milliarde, die wir nicht in die Zukunft unserer Anlagen und Standorte investieren können. Und 1 Milliarde, die wir nicht als Löhne und Gehälter an unsere Mitarbeiter zahlen können.

Für unseren Staatshaushalt mag 1 Milliarde Euro wenig sein. Für uns ist es das nicht. Insbesondere nicht für unsere Mittelständler. Da können die Belastungen aus der Energiewende den Unterschied zwischen Gewinn und Verlust, zwischen Wachstum und Schrumpfen, zwischen Überleben und Scheitern ausmachen.

Der jetzige Kurs der Energiewende ist daher ausgesprochen gefährlich für das Industrieland Deutschland. Unsere Firmen müssen mit der internationalen Konkurrenz mithalten. Explodierende Kosten können wir nur bis zu einem gewissen Punkt durch Wertarbeit und Effizienz ausgleichen. Aber irgendwann ist es zu viel. Die Energiepreise werden zunehmend zu einem deutlichen Wettbewerbsnachteil für uns. Für eine Reihe von Unternehmen drohen sie zum K.O.-Kriterium für Investitionen in Deutschland zu werden.

Die IHS-Studie zeigt: Ein bezahlbarer Weg ist möglich. IHS hat untersucht, welche Alternativen Deutschland in der Energiepolitik hat und welche Auswirkungen bestimmte Entscheidungen auf die Wirtschaft insgesamt, auf Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit hätten.

In einem „Hochpreisszenario“ wurde angenommen, dass die bestehenden Entlastungen im Energiebereich innerhalb eines Jahrzehnts abgeschmolzen werden. In einem zweiten, als „wettbewerbsfähiges Szenario“ beschriebenen Ansatz, werden die Entlastungsregeln für energieintensive Betriebe beibehalten und der Energiemix geändert.

Unter den Bedingungen des „wettbewerbsfähigen Szenarios“ könnte Deutschland bis 2030 ein um 6 Prozent höheres Bruttonettoprodukt erreichen als mit dem „Hochpreis-Szenario“. 1,3 Millionen mehr Jobs könnten entstehen. Exporte, Staatshaushalt und Privateinkommen würden sich ebenfalls besser entwickeln als im „Hochpreis-Szenario“.

Besonders für die Chemische Industrie fällt der Unterschied zwischen den beiden Szenarien gravierend aus:

- Im „Hochpreis-Szenario“ wächst unsere Branche bis 2030 pro Jahr 1,1 Prozent weniger als im „wettbewerbsfähigen Szenario“.
- Daraus würde 2030 ein um 36 Milliarden Euro niedrigerer Branchenumsatz resultieren.
- 40.000 Arbeitsplätze würden dadurch auf dem Spiel stehen.

Diesen Einschnitt würden langfristig natürlich auch andere Branchen zu spüren bekommen, denn die Chemie ist ein wichtiges Glied in den industriellen Wertschöpfungsketten Deutschlands.

Die IHS-Studie liefert zudem Belege dafür, dass die Energiepolitik in Deutschland auch deutliche Auswirkungen auf das Staatsbudget und das Einkommen der Bürger hat. Die Zahlen der IHS-Studie bestätigen die politischen Forderungen der Chemischen Industrie:

- Erstens muss die Förderung für Neuanlagen der erneuerbaren Energien mit sofortiger Wirkung ausgesetzt werden. Mit dieser Sofortmaßnahme steigen die Kosten erst einmal nicht weiter, und wir gewinnen zeitlichen Spielraum für eine solide EEG-Reform.
- Zweitens muss eine grundlegende Reform des EEG in Angriff genommen werden. Dabei muss alles auf den Prüfstand; es darf keine geschützten Reservate geben.
- Drittens muss endlich das seit langem von uns geforderte Projekt-Management zur Koordinierung der Energiewende umgesetzt werden. Noch immer ist der Zubau von erneuerbaren Energien nicht mit dem Netzausbau koordiniert. Noch immer passen die verschiedenen Maßnahmen nicht zusammen. Noch immer verheddern wir uns im Zuständigkeitsgewirr zwischen Europa, Bund und Ländern. Dabei ist dies alles bekannt. Die Daten liegen vor. Eigentlich denkt man, der Schritt von der Erkenntnis zur Umsetzung sei nicht so wahnsinnig groß. Aber Wollen muss man auch wollen.
- Viertens muss die Neuausrichtung der Energiewende in einem europäischen Kontext stattfinden. Energiewende in Deutschland ist wie eine Rechtschreibreform, die nur in Oer-Erkenschwick umgesetzt wird: Es bringt nichts, ein so wichtiges Projekt regional zu beschränken. Deutschland ist keine Insel – das gilt natürlich auch für die Energiewende. Wir brauchen eine europäische Lösung, um Klimaschutz und eine bezahlbare Energiewende sinnvoll zu kombinieren. Die Widersprüchlichkeit von EEG und dem europäischen Emissionshandel zeigt das sehr deutlich.
- Fünftens: Wir brauchen Technologieoffenheit. Beispiel Schiefer-Gas. Ich weiß, dass das Thema „Fracking“ politisch umstritten ist. Natürlich dürfen wir unsere Umwelt nicht ruinieren. Wir wollen das auch nicht – im Gegenteil. Ich bin aber gegen Denkverbote. Denn in einigen Jahrzehnten könnten wir Deutsche sehr dankbar sein, über eigene Gasvorkommen zu verfügen.

Meine Damen und Herren,

die Chemische Industrie ist ein starker Eckpfeiler unserer Wirtschaftskraft. Wir sind eine Industrie, die als Innovationsmotor unverzichtbar ist, wenn es um die Lösung drängender Zukunftsfragen wie, unter anderem, die Energiewende geht.

Allerdings brauchen wir dafür geeignete Rahmenbedingungen am Industriestandort Deutschland. Und international wettbewerbsfähige Strompreise sind für unsere Branche ein zentraler Standortfaktor.

Die IHS-Studie zeigt, dass eine Energiewende auch ohne exorbitante Kosten möglich ist. Der Erhalt unserer Wettbewerbsfähigkeit muss nicht im Gegensatz zum Klimaschutz stehen. Die Politik hat damit durchaus Alternativen.

Diese alternativen Szenarien und die wichtigsten Fakten zu unserer Studie erläutern Ihnen jetzt Herr Wiegert und Frau Hounsell von IHS.

Wir werden die Studie mit Sicherheit den Parteizentralen zur Verfügung stellen. Denn wer auch immer den neuen Koalitionsvertrag unterschreiben wird: Die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands muss erhalten bleiben. Und dazu gehört, ob man es nun hören will oder nicht, die Erhaltung der Entlastungsregelungen für energieintensive Chemiebetriebe sowie ein Kostenstopp in der Energiewende.

Die Politik muss die energiepolitischen Weichen richtig stellen – und zwar jetzt.

Kontakt: VCI-Pressestelle Telefon: 069 2556-1496 E-Mail: presse@vci.de